

# Krafsauer Zeitung.

Nr. 267.

Montag den 21. November

1864.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Gred: Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsbblatt für die viergespaltene Beizeile 5 Nfr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Nfr., für jede weitere 3 Nfr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nfr. — Inserat-Verordnungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den k. k. Sectionsrath und niederösterreichischen Postdirector Eduard Gerl als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. October d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der würdige geistliche Rath Ladislaus von Karolyi das Großkreuz des herzoglich sächsischen Ernestinischen Hausordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. October d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Großhändler Ignaz Landorfer das Mittelkreuz des sächsischen St. Gregor-Ordens und der Vollwirthschaft Leopold Auer die herzoglich sächsische Medaille für Kunst und Wissenschaft annehmen und tragen dürfen.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 21. November.

Wie die „Leipz. Ztg.“ meldet, werden Preußen und Oesterreich demnächst den Friedenstractat dem deutschen Bunde vorlegen und über die veränderte Lage der Verhältnisse Mittheilung machen. Außerdem würde es nach Auffassung der Berliner maßgebenden Kreise Aufgabe der vier Executions-Mächte sein, sich am Bunde über die Erledigung der Executions auszusprechen.

In einem Artikel der „N. A. Z.“ vom 19. d. lesen wir: Die Zeitungsnachricht bestätigt sich, daß Transaktionen einzelner mitteldeutscher Regierungen stattgefunden haben, ob und wie es möglich sei, die Kriegskosten und die Kosten, welche durch das Verbleiben der Executionsstruppen in den Herzogthümern dort erwachsen, auf die Bundesmatrikel zu repartiren. Oesterreich habe durch Aufnahme der zu erstattenden Kriegskosten in das Einnahmsbudget bereits Antwort gegeben. In Preußen dürfe die Speculation ebenfalls nicht glücken.

Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ entbehrt die Nachricht, daß Preußen die Entfernung der Bundesstruppen aus Holstein ganz besonders betreibe, der Begründung. Preußen habe keine andere Pflicht, als die anderen drei Executions-Regierungen. Oesterreich sei mit Preußen und wahrscheinlich auch mit der Gesamtheit der Bundesregierungen einverstanden. Die Execution sei mit dem Friedensschluß erledigt, und trete nun Artikel 13 der Executionsordnung ein. Die Erledigung desselben bedürfe keines besonderen Anbringens einer Executions-Regierung. Nach der „Zeidl. Corr.“ hat Graf Nechberg noch den Vorschlag gemacht, 2000 Mann Bundesstruppen in Holstein zu lassen und einem Bundescommissar Antheil an der Verwaltung zuzugestehen. Preußen sei damit nicht einverstanden gewesen. Jetzt scheine in Wien eine der preußischen Anschauung entsprechende Ansicht zu herrschen, und würden binnen Kurzem wohl beide einig sein.

Die Wiener Correspondenz der „B. P.“ bezweifelt die Nachricht mehrerer Blätter, daß in jüngster Zeit bedeutende Fortschritte in den Verhandlungen der beiden deutschen Großmächte in Bezug auf die Frage der definitiven Constituirung einer regelmäßigen Regierung in den Herzogthümern gemacht worden seien. Sie glaubt die Angaben über einen solchen übereinstimmenden Umschwung einstweilen noch als bedeutend verfrüht bezeichnen zu können, da, wie ihr von bewährter Seite versichert werde, das Verständigungswerk über die Constituirungsfrage zwischen den deutschen Großmächten fürs erste noch des ersten Anlaufes harre und somit auch die große beiderseitige Annäherung an die Anerkennung des Augustenburger als Souverän für jetzt noch in den Bereich künftiger Eventualitäten gehöre. Sie versichert, daß ungeachtet der großen Bereitwilligkeit, die am Kieler Hofe zur Dankbarkeit gegen Preußen herrsche, zwischen dem Berliner Cabinet und dem Herzog Friedrich keineswegs Alles noch im Reinen sei.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt, in Wien scheine man sich Illusionen über die Lage zu machen, welche gefährdend sei. Als Beweis könnten Triaul und die Mithungen in Montenegro dienen.

Ueber die Politik des Herrn von Bismarck erzählt die „S. P. Z.“, von durchaus zuverlässiger Seite, ein aus Frankfurt datirtes Schreiben, das einige Aufklärungen geben will, deren Authenticität wir allerdings nicht in der Lage sind, für so sicher anzunehmen, als die „S. P. Z.“. Herrn von Bismarcks Absichten sollen nach dem Berichte des Altothürmer in Preußen, sei er noch so „eng“, hinauslaufen, das Verfahren des preußischen Staatsmannes

solle vielmehr den Vorbereitungen zur Annexion dienen. Die nächste Zukunft würde darüber ein überraschendes Licht verbreiten.

Nach der „Hamb. Börsenhalle“ ermächtigte ein Circularschreiben des Herrn v. Bismarck sämtliche preußische Consuln, sich der Schiffe der in den Besitz der deutschen Großmächte übergegangenen Herzogthümer in gleicher Weise wie preußischer Schiffe anzunehmen. Die Gebührentaxe ist der für preußische Schiffe gleich.

Wie die „Nordd. Ztg.“ in einem Telegramm aus Berlin mittheilt, fehlt die russische Sessionsurkunde in der oldenburgischen Denkschrift; Rußland hat deren Auslieferung verweigert.

Als Bevollmächtigte Preußens und Oesterreichs bei der in Kiel zusammengetretenen Commission zur Regelung der Rendsburger Angelegenheit werden zwei höhere Officiere, die Herren Stiehl und Wlasy bezeichnet; von Hannover ist der Oberstleutnant v. Landsberg zu dem Zweck dort eingetroffen. Es handelt sich dabei ausschließlich um Erledigung der genannten Angelegenheit, und wird preußischerseits an dem einfachen Thatbestand festgehalten, daß eine Verdrängung der hannoverschen Truppen an und für sich eben so wenig bezweckt, als einer späteren Rückkehr derselben ein Hinderniß in den Weg gelegt worden ist.

Die „S. G.“ macht über den momentanen Stand der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelsvertragsfrage folgende verlässliche Angaben. Die formalen Hindernisse, welche der Wiederaufnahme der Verhandlung zu dem Zwecke einer Erneuerung des österreichisch-deutschen Handels- und Zollvertrages von 1853 im Wege standen, sind zum großen Theile beseitigt, denn es ist eine Verständigung darüber erreicht, daß wie in dem bisherigen so auch in dem neuen Vertrage die Zollvereinigung als Zielpunkt festgehalten werde. Es ist daher auch mit Zuversicht zu erwarten, daß demnächst die Verhandlungen zwischen der kaiserlichen Regierung und den laut der Verfassung des Zollvereins denselben vertretenden Regierungen von Preußen, Baiern und Sachsen wieder beginnen werden.

Ein Pariser Correspondent der „Kreuzztg.“ meldet: In officiellen Kreisen heißt es, ein französischer Abgeordneter, Mr. Ledru, werde sich binnen kurzem nach Berlin begeben, um über einige Veränderungen des Handelsvertrages zu unterhandeln.

Die „Hamburger Börsenhalle“ erwartet, daß mit der Ratification des Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Frankreich die Vorbedingung einer handelspolitisch-französischen Handels- und Schifffahrts-Uebereinkunft erfüllt sei und dann der Abschluß derselben so sehr als irgend möglich beschleunigt werde, damit, wenn irgend erreichbar, die Hansestädte gleichzeitig mit dem Inleben treten des zollvereinsländischen Vertrages mit Frankreich den Genuß der entsprechenden Verkehrs-Erleichterungen erlangen.

In Paris und Turin wird jetzt eifrig die Frage ventilirt, inwiefern das Princip der Nicht-Intervention auf die italienischen Angelegenheiten zur Anwendung komme. Wahrscheinlich angeregt durch die falschen „Enthüllungen“ der „France“ über Drouyn'sche Depeschen zur Convention vom 15. September bringt nunmehr die „Patrie“ Angaben über solche Actenfunde, welche ohne Zweifel verlässlich sind. Nach der „Patrie“ existiren die nachfolgenden, noch nicht veröffentlichten Depeschen: Eine Depesche Drouyn's an den Gesandten in Turin, welche in der Depesche Drouyn's vom 30. October signalisirt wurde. Eine an alle diplomatischen Agenten gerichtete Circular-Depesche, welche die Convention anzeigt. Eine vom 7. November datirte Depesche Drouyn's an den Gesandten in Turin als Antwort auf die Depesche Lamarmora's. Diese Depesche behandelt besonders das Princip der Nicht-Intervention bezüglich Roms und macht einige Bemerkungen über den Gebrauch der Worte: „Nationale Aspirationen.“ Drouyn hat diese Worte schon in den früheren Depeschen hervorgehoben, weil sie in der Depesche Nigra's vom 15. September Grund zu übertriebenen Auslegungen geben konnten. Drouyn sagt, daß das Princip der Nicht-Intervention nicht auf Rom, welches der Sitz der katholischen Christenheit ist, streng angewendet werden könnte und er innert von Neuem daran, daß die kaiserliche Regierung ihre Freiheit der Action zu bewahren beabsichtige. Danach erkennt die französische Regierung das Princip der Nicht-Intervention gerade in derjenigen Frage, um welche es sich gegenwärtig handelt, in der römischen, nicht an. Das Gegentheil hatte bekanntlich Rattazzi in einer der letzten Sitzungen der Turiner Kammer als Motiv zur Annahme der Convention hingestellt. Die Ideenverwirrung wird so groß, bemerkt die „Presse“, daß es nicht mehr möglich ist, den

aus diesem Labyrinth diplomatischer Heuchelei führenden Faden zu finden.

Die „K. Z.“ erfährt Näheres über die neueste Depesche Drouyn de Lhuys an Herrn v. Marlar. Sie sei nicht so unangenehm für Italien als man hätte annehmen sollen. Der Minister erhebt sich gegen die Auffassung, nach welcher Lamarmora das Princip der Nicht-Intervention gehandhabt wissen will, und erklärt, Frankreich werde sich nicht abhalten lassen, wenn die Umstände es dringend erheischen würden, das erwähnte Princip zu beleitigen. Der zweite Punkt, gegen den die französische Entgegnung gerichtet ist, betrifft die Aufstellung Lamarmora's, nach welcher nationale Bestrebungen nicht den Vorwurf diplomatischer Debatten zweier Regierungen bilden können. Drouyn de Lhuys erklärt, daß dies im Allgemeinen sich allerdings so verhalte, daß aber auch nationale Aspirationen, so wie diese von einer bestehenden Regierung als Programm anerkannt werden, den Gegenstand diplomatischer Correspondenz zwischen den Mächten bilden können. Man sagt — fügt das genannte Blatt hinzu — Herr Drouyn de Lhuys wolle seine politischen Ideen in der italienischen Frage später noch in einem Rundschreiben an die französischen Agenten in Europa entwickeln und daselbe ins gelbe Buch bringen, da er seine Specialangelegenheit nicht der Beredsamkeit des Staatsministers anvertrauen möge.

Der eigenhändige Brief Victor Emanuel's an Kaiser Napoleon soll Venedig betreffen. Dem Vermuthen nach hat Drouyn de Lhuys eine Note nach Wien geschickt, worin auf die Erklärungen Lamarmora's bezüglich Venedigs Bezug genommen wird, und man vermuthet, daß Fürst Metternich dieserhalb eine Sondirung vorgenommen habe.

Auch die „K. Z.“ meldet, daß Herr Drouyn de Lhuys eine Note an die österreichische Regierung geschickt, worin er Erklärungen über die venetianische Frage gegeben haben soll. Dieselbe sei in sehr leeren Ausdrücken abgefaßt, und die schwebenden Fragen sind darin mit großem Rückhalt behandelt.

Die „Indep. belge“ bringt die nicht sehr glaubwürdige Nachricht, die französische Regierung beabsichtige Noten an alle katholischen Mächte zu richten, betreffend die Sicherung der weltlichen Gewalt des Papstes, die Regelung des Peterspennigs und die Zusammenstellung einer päpstlichen Armee. Fürst Metternich habe zwar entgegenkommende Instructionen mitgebracht, aber noch zeige sich bei Oesterreich wenig Geneigtheit zur Anerkennung Italiens.

An Spanien, daß sich thätlich der weltlichen Gewalt des Papstes annimmt, soll von dem Tuileuxcabinete die Erklärung ergangen sein, daß Frankreich der Einmischung in Italien nicht entsage, um jener anderer Mächte Raum zu geben. Diese Mahnung ist nicht Gegenstand einer Note, sondern bloß einer vertraulichen Mittheilung gewesen.

Man schreibt der „Patrie“ aus Turin, daß nach der Discussion in der Kammer eine Veränderung des Ministeriums mehr und mehr wahrscheinlich wird. Abgesehen vom General Lamarmora, der von Anfang an erklärt hat, seine Stelle nur zeitweilig annehmen zu wollen, würden andere Minister, wie man glaubt, zurücktreten.

Die aus Odesa telegraphisch gemeldete Nachricht, daß Rußland an den Grenzen der Moldau und Galiziens ein Heer von 60.000 Mann aufstellen wolle, wird in Wiener maßgebenden Kreisen nicht für zuverlässig gehalten. Selbstverständlich, schreibt das „Fremdenblatt“, würde die russ. Regierung eine solche bedeutungsvolle militärische Maßregel nicht ergreifen, ohne vorher hierüber mit der Gränzmacht sich ins Einvernehmen gesetzt zu haben, und bis jetzt soll eben noch kein Schritt in dieser Richtung geschehen sein. Gleichwohl ist es hier nicht unbekannt, daß die russ. Regierung den neuesten Vorgängen in den Donaufürstenthümern, über deren Zusammenhang mit serbischen und montenegrinischen Dingen und Projecten sie genau unterrichtet scheint, eine sorgsame Beachtung zuwenden hat; daß ihr die von dem Fürsten Conza ergriffenen Maßregeln Besorgniß einflößen, und daß sie die suzeräne Pforte vergeblich ermahnt hat, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Man hält es daher allerdings nicht für unmöglich, daß Rußland nicht abgeneigt sei, eine Initiative zu nehmen, aber weniger um Repressivmaßregeln gegen die nach Unabhängigkeit strebenden Vasallen der Pforte zu ergreifen, als diesen Letzteren selbst eine mahnende Lehre zu geben. Damit soll jedoch keineswegs gesagt sein, daß diese Demonstration eine militärische sein werde. Am wenigsten wird die russ. Regierung dies mitten im Winter thun. Würde sie auch das Unmögliche möglich machen und große Truppenmassen in jenen un-

wirtlichen Gegenden concentriren können, so müßte doch der Kostenpunkt ein Hinderniß sein. Rußland hat bekanntlich kein Geld übrig und versteht Haus zu halten.

Die Petersburger deutsche Zeitung vom 19. Nov. schreibt: Der Besuch des Großfürsten-Alexanderson in Rom ist ohne politische Bedeutung im Sinne einer Annäherung. Die Beziehungen zu Rom sind seit der letzten Encyclica unverändert.

Die belgische Ministerkrise ist beendet; Frère und Tsch haben ihre Entlassungsgesuche zurückgenommen. Die Ursache der Ministerkrise war folgende: Unter den Gesetzentwürfen, deren Vorlage das Ministerium längst und mehrfach angekündigt, befand sich derjenige, welcher den Gemeinderäthen das Recht der Controle über die Verwendung der Gelder zugestehet, die bisher ausschließlich von den Kirchen verwaltet werden, obgleich die Gemeinden dafür beizutragen gesetzlich verpflichtet sind. In der letzten Stunde nun soll der König, offenbar in der Absicht, den Parteikampf durch eine solche Vorlage nicht auf Neue anzufachen, dem Gesetze seine Unterschrift verweigert haben. Die Herren Frère und Tsch, welche ihren bestimmten Versprechungen ein solches Dementi allerdings nicht ohne Aufopferung ihres politischen Selbstgefühls geben konnten, reichten darauf sofort ihre Entlassung ein, nahmen dieselbe jedoch zurück, als König Leopold, in seiner Weisheit das kleinere Uebel dem größeren vorziehend, seiner Weigerung entsagte und den Gesetzentwurf unterzeichnete. So wird der „Köln. Ztg.“ der Hergang von wohlunterrichteter Seite dargestellt. Das fragliche Gesetz wurde am 17. November nebst mehreren anderen (worunter z. B. eines zur Abstellung der Wahlumtriebe) von Herrn Frère im Abgeordnetenhanse eingebracht.

Ueber den Zusammenstoß sardinischer Truppen mit italienischen Freischärlern wird aus Venedig gemeldet: Seit einigen Tagen war bekannt, daß der Garibaldiner Bezzi mit andern von Mailand abgegangenen war, um sich im Brescianischen zu vereinigen und in Tirol mit einem Freicorps einzubringen, für welches Waffen, Munition und Uniformen bereit gehalten wurden. Schon am 13. d. M. war eine solche Bande von Veraglieri und sardinischen Dragonern in Balmompia verfolgt worden. Am 16. Morgens wurde endlich besagte Bande, bereits zu 400 Mann angewachsen, zwischen Colli und Bagolino von den sardinischen Truppen eingeholt und zerstreut. Ungefähr 50 wurden gefangen genommen. — Von der ersten Friauler Bande stellten sich freiwillig weitere drei Individuen und von jener bei Benzene, welche als aufgelöst zu betrachten ist, ebenfalls vierzehn Individuen, deren Aussagen weitere Stellungen erwarten lassen.

Das Gefecht bei Moggio, von welchem italienische Blätter fabelten, wird von der „Opinione“ als ein Zusammentreffen von 25 Bewaffneten mit einer Patrouille von Gendarmen bezeichnet. Die Bande warf 24 Gewehre, 26 rothe Hemden, Patronen u. s. w. weg und stob aus einander. Niemand, sagt die „Opinione“ hinzu, hatte sich diesen Leuten angeschlossen.

In Folge des über Friaul verhängten Belagerungszustandes hat die italienische Regierung eine Truppen-Concentration in Bologna unter Commando von Dellarocca angeordnet.

Nach der Madrider „Bolsa“ ist keine Hoffnung auf eine Verständigung und einen gütlichen Austrag des Conflicts zwischen Spanien und Peru mehr vorhanden. Spanien trifft seine letzten Vorbereitungen und sammelt in dem Stillen Weltmeer Kriegsmaterial an.

Nachrichten aus Mexico vom 15. October melden: Dem Blatte „Estafete“ zufolge hat man 40 Aufwiegler verhaftet. Man sagt, daß Don Diego Alvarez sich anschickt, seinen Beitritt zum Kaiserreich zu erklären. Suarez soll durch die Wüste von San Carlos gereist und an der Grenze von Texas angekommen sein.

Die Affaire der „Florida“ wird von der Pariser Presse lebhaft besprochen, und zu Ungunsten der Union ausgebeutet. Doch lauten die Aufklärungen aus New-York derart, daß es nicht wahrscheinlich ist, das französische oder englische Cabinet würden für das wegenommene Rebellen Schiff eine diplomatische Lange einlegen.

†† Krafsau, 21. November.

Die „Leib. Ztg.“ vom 14. Nov. bringt nachstehendes Verzeichniß der bei dem k. k. Kriegsgerichte zu Kiczow im Monate October 1864 erfolgten und rechtskräftig gewordenen Aburtheilungen.

§. 343 M. St. G. B.

1. Johann Rordack aus Byble, 22 J. alt, r. l. ver.



heiratet, Grundwirth, durch thätige Theilnahme am polnischen Aufstande, zu 1mon. Kerker. — 2. Felix Mittig aus Siedliska, 27 J. alt, r. k., ledig, verabschiedeter Soldat, durch Theilnahme am Aufstande, erschwert durch die Uebertretung gegen die Sicherheit des Eigenthums durch Diebstahl, die Unterjochung wegen Ruhestörung ob Mangel des Thatbestandes eingestellt, von der Uebertretung des Diebstahls ab instantia losgesprochen. — 3. Nicolaus Kiefer aus Serebne, 39 J. alt, r. k., ledig, Rauchfangkehrerlehrling, durch thätige Theilnahme am Aufstande, — 4. Thomas Grokowski aus Hnilce, 17 J. alt, r. k., ledig, Grundwirthsohn, durch einmaligen Zugang zum Aufstande, — 5. Ignaz Slugocki aus Hnilce, 17 J. alt, r. k., ledig, Dienstknecht, durch 1maligen Zugang, — 6. Alexander Zibrowski aus Hnilce, 24 J. alt, r. k., verheiratet, Grundwirth, durch einmaligen Zugang, — 7. Michael Dzugala aus Teosipulka, 30 J. alt, r. k., ledig, Dienstknecht, durch einmaligen Zugang, — 8. Peter Blawicki aus Kozowa, 23 J. alt, gr. k., ledig, Tagelöhner, durch einmaligen Zugang, — 9. Sabob Krystofowicz aus Lysiec, 31 J. alt, g. k., verheiratet, Gutsbesitzer aus Cecowa, durch Beherbergung und Verpflegung von Infurgenten, — 10. Joseph Krystofowicz aus Lysiec, 30 J. alt, a. k., ledig, Mitpächter von Cecowa, durch thätige Theilnahme am Aufstande, — 11. Johann Plattowski aus Kozow, 27 J. alt, r. k., ledig, Zuckerbäckergehilfe, durch thätige Theilnahme am Aufstande, — jeder zu 1mon. Kerker. — 12. Victor Ritter v. Wisniewski aus Strzeliska, 42 J. alt, r. k., verheiratet, Grundherr von Strzeliska (erschwert durch die Uebertretung gegen öffentliche Anstalten und Verordnungen durch verbotene Verleitung eines öffentlichen Bedienten zum Amtsmißbrauche), wegen Verbrechen der Ruhestörung zu 5mon. Kerker, in Folge Verurtheilung hat das hohe Militär-Obergericht die Strafe unter Einrechnung von 3 Monaten der Untersuchungshaft auf 2 Monate Kerker herabgesetzt, von der Uebertretung gegen öffentliche Anstalten und Verordnungen ab instantia freigesprochen.

Wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit nach §. 358 M. G. St. G. B.

13. Swan Baranowski aus Czernicha, 30 J. alt, gr. k., verheiratet, Tagelöhner, erschwert durch Vergehen gegen öffentliche Anstalten und Verordnungen, zu 1mon. schweren Kerker. — 14. Lesko Kuchmalny aus Kobatyn, 50 J. alt, gr. k., ledig, Tagelöhner, erschwert durch die Uebertretung gegen die Sicherheit der Ehre, war bereits 2mal wegen Diebstahl gestraft, unter Einrechnung von 4 1/2 Monaten der Untersuchungshaft noch zu 1 1/2mon. schweren Kerker. — 15. Jiko Djidzal aus Humniska, 34 J. alt, gr. k., verheiratet, Militärabschießer und Grundwirthsohn, erschwert durch das Vergehen gegen öffentliche Anstalten und Verordnungen, vom Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit ab instantia freigesprochen, wegen des Vergehens gegen öffentliche Anstalten und Verordnungen zu Stg. Stockhausarrest. — 16. Moses Spindel aus Kozow, 34 J. alt, Israelit, verheiratet, Glaser, zu 2mon., durch 3mal. Fästen in jeder Woche der Strafzeit verschärft schw. Kerker. — 17. Grull Saß aus Kozow, 35 J. alt, Israelit, verheiratet, Propinationspächter, ab instantia freigesprochen.

Wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Aufwiegelung (§. 556 M. G. St. G. B.)

18. Nicolaus Dymyd aus Dunajow, 42 J. alt, gr. k., verheiratet, Grundwirth, zu 2monat. Stockhausarrest. — 19. Swan Dufka aus Plichow, 32 J. alt, gr. k., ledig, ausgebildeter Soldat und Tagelöhner, erschwert durch das Verbrechen der Verleumdung, unter Einrechnung von 5 Monaten der Untersuchungshaft zu 7mon. schweren Kerker. Wegen Vergehens gegen öffentliche Anstalten und Verordnungen nach §. 569 M. G. St. G. B.

20. Johann Kijpial aus Grodek, 34 J. alt, r. k., ledig, Schustergehilfe, 3 Tage der Untersuchungshaft als Strafe angerechnet. — 21. Christine Kral aus Sajonow, 20 J. alt, r. k., verheiratet, Grundwirthsgattin, zu 3tag. Stockhausarrest, dieser im Gnadenwege nachgesehen. — 22. Johann Kozinski aus Brykoff, 16 J. alt, gr. k., ledig, Bedienter, gänzlich losgesprochen und schuldlos erkannt. — 23. Wasil Djidzal aus Humniska, 22 J. alt, gr. k., ledig, Grundwirthsohn; 24. Stephan Djidzal aus Humniska, 58 J. alt, gr. k., verheiratet, Grundwirth, beide zu 10tag. Stockhausarrest. — 25. Michael Djidzal aus Humniska, 35 J. alt, gr. k., verheiratet, Grundwirth, zu 3tag. Stockhausarrest. — 26. Wolf Raube aus Belz, 43 J. alt, Israelit, verheiratet, Kleinhändler und Hausbesitzer in Bask, ab instantia freigesprochen.

Wegen Uebertretung der Rundwachen vom 28. und 29. Februar 1864.

27. Sasko Bodnarczuk aus Taporow, 55 J. alt, r. k., verheiratet, unbeförderter Waldhüter in Bortnik, zu Stg. Stockhausarrest. — 28. Felko Michajluk aus Bolozenow, 47 J. alt, gr. k., verheiratet, Waldhüter, zu Stg. Stockhausarrest, dieser im Gnadenwege nachgesehen. — 29. Valentin Podkowicz aus Klucisko, 48 J. alt, r. k., verheiratet, Grundwirth, bereits wegen derselben Uebertretung einmal gestraft, zu 1mon. Stockhausarrest. — 30. Franko Krystofowicz aus Bialokierka, 60 J. alt, verheiratet, Weber in Dlesow, zu Stg. Stockhausarrest, dieser im Gnadenwege nachgesehen. — 31. Tymko Dolzyski aus Hnilce, 50 J. alt, gr. k., verheiratet, Grundwirth, zu Stg. Stockhausarrest, dieser im Gnadenwege nachgesehen. — 32. Franz Carl Rabry aus Neu-Sander, 41 J. alt, evangelisch, verheiratet, Realitätenbesitzer in Bóbrka, zu 30 fl. für den Armenfond in Bóbrka, im Gnadenwege auf 15 fl. gemildert. — 33. Sasko Guryk aus Stojanow, 51 J. alt, röm. k., verheiratet, Grundwirth; — 34. Gryk Dreniczuk aus Stojanow, 45 J. alt, gr. k., verheiratet, Grundwirth, jeder zu 3tag. Stockhausarrest.

3. Bei dem k. k. Kreisgerichte zu Przemyśl.

Förster durch Herbeischaffung von Munition als nahe bezeichnet, ab instantia losgesprochen.

Wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit nach §. 358 M. G. St. G. B.

5. Mathias Sanof, a. Kamionka, 37 J. alt, verheiratet, Grundwirth, zu 14tag. Kerker. — 6. Nikolaus Gink aus Zrotowicz, 30 J. alt, verheiratet, Grundwirth, als nahe bezeichnet, ab instantia losgesprochen. — 7. Andreas Sadryk aus Koshanowka, 32 J. alt, verheiratet, Grundwirth, zu 3wöch. Kerker.

Wegen Verbrechen des Diebstahls erschwert durch den Besitz einer fremden Legitimationskarte.

Michael Josef Weichselbaum aus Rudnik, 20 J. alt, verheiratet, Handelsmann, bei Anrechnung 5mon. Untersuchungshaft, zu 1mon. schweren Kerker.

Wegen Verbrechen gegen öffentliche Anstalten §. 569.

9. Gryk Topolnicki aus Lodzinka dolna, 30 J. alt, verheiratet, Grundwirth, zu 14tag. Arrest. — 10. Nikolaus Topolnicki aus Lodzinka dolna, 19 J. alt, ledig, Grundwirthsohn, zu 12 tagigem Arrest. — 11. Gregor Kononiec, 50 J. alt, verheiratet, Amtsbiennergehilfe zu Brzozow, zu 14tag Arrest. — 12. Wasil Gengola aus Przepolana, 34 J. alt, Grundwirth, zu 3tag. Arrest. — 13. Felix Kilarzki aus Przemyśl, 35 J. alt, verheiratet, Schustermeister, zu 2wöch. Arrest. — 14. Wasiko Diaczuk aus Michawa, 23 J. alt, verheiratet, Grundwirth, bei Abrechnung 3wöch. Untersuchungshaft zu 3wöch. mit einmal Fästen in jeder Woche versch. strengen Arrest. — 15. Swan Pietro, aus Michawa, 55 J. alt, verheiratet, Grundwirth, bei Abrechnung 3wöch. Untersuchungshaft zu 1wöch. mit 1mal. Fästen in jeder Woche versch. strengen Arrest.

Wegen Uebertretung des Waffenbesizes.

16. Johann Kozak aus Jaworow, 36 J. alt, verheiratet, Tagelöhner, zur Strafe von 25 fl. verurtheilt. — 17. Franz Dymel aus Weszka, 60 J. alt, verheiratet, Grundwirth, zu 8tag. Arrest.

### Verhandlungen des Reichsrathes.

Am 18. d. hat die dritte Sitzung des Adreß-Ausschusses des Abgeordnetenhauses stattgefunden. Mit Ausnahme der Herren v. Plener und Lasser waren sämtliche Minister anwesend. Es wurden ihnen die in den beiden vorangegangenen Sitzungen protocollarisch abgefaßten Beschlüsse vorgelegt. Die Minister, aufgefodert, über verschiedene Punkte Aufschluß zu ertheilen, erklärten durch den Mund des Staatsministers, daß sie sich genöthigt sehen würden, ihre Aufklärungen mit aller Reserve und nur in der Art zu geben, wie sie für die öffentlichen Sitzungen des Abgeordnetenhauses bestimmt sind, wenn ihnen nicht das unverbrüchliche Stillschweigen zugesagt würde. Hierauf sprachen sich die Minister mit vieler Offenheit und Ausführlichkeit über die Punkte aus, bezüglich deren Aufklärungen verlangt wurden. Es waren dies die Fragen bezüglich der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Ungarn, Kroatien und Galizien und der venetianischen Angelegenheiten. Die Mittheilungen der Regierung bezüglich Ungarns und Kroatiens, schreibt das „Fremdbl.“, waren befriedigend. Nach den Äußerungen des Hrn. Staatsministers zu schließen, steht die Einberufung der Landtage in diesen beiden Ländern in nicht so ferner Aussicht, als manche aus der Fassung des in der Thronrede auf diesen Gegenstand bezüglichen Passus fürchten zu sollen glaubten. Ueber die Ursache, warum über Galizien der Belagerungszustand verhängt wurde, sprach aus der Polizeiminister in unumwundener Weise aus. Ebenso erspöndend war die Darlegung der Gründe für das weitere Fortbestehen des Belagerungszustandes. Es versteht sich, daß der Vortrag und die Bemerkungen, welche der Abgeordnete Graf Potocki in dieser Angelegenheit hielt, mit der größten Aufmerksamkeit angehört wurden. Der Eindruck, welchen die Angaben der Regierung machten, war ein tiefer. Die Schilderung der Zustände in Venetien berechtigt nicht zu der Ansicht, daß die Verfassungsfrage in diesem von Revolutionären unterwühlten Lande heute der Lösung näher gerückt ist, als im vorigen Jahr.

An der Discussion theilte sich alle Anwesenden. Beschlüsse wurden keine gefaßt. Die Geheimhaltung der Vorkommnisse in der Sitzung wird von den Abgeordneten sehr ernst genommen, und selbst im Protocoll fand die Verschwiegenheit ihren negativen Ausdruck, indem in demselben kein einziges Wort aus den Mittheilungen der Regierung aufgenommen wurde.

Die vierte Sitzung des Adreßauschusses fand Abends von 6 bis 9 Uhr statt. Der Finanzminister machte Mittheilung bezüglich der Finanzlage des Reiches, welche mehrere Mitglieder veranlaßte, Anträge auf Erparungen zu stellen. Eine Beschlufsfassung fand hierüber nicht statt. Baron Kalchberg trug eine lichtvolle Exposition über den Stand der Zollfrage vor, welche wahrscheinlich im Plenum des Hauses wiederholt werden dürfte. Die Ausschussmitglieder sollten dem Vortrag großen Beifall. Die anderen Minister waren nicht anwesend.

Die Adreß-Commission des Herrenhauses war gleichfalls am 19. d. versammelt. Es erschienen in der Sitzung desselben Minister Plener und Freiherr von Kalchberg.

Am 19. d. Nachm. versammelten sich die beiden Clubs zu Vorbesprechungen über die in Bezug auf die Finanz-Angelegenheiten einzunehmende Haltung. Der Club der Linken hat keinerlei Resolutionen gefaßt. Es wurde nur beschlossen, daß der Finanzanschluß aus 36 Mitgliedern bestehen soll. Boriges Jahr belief sich deren Anzahl auf 40, weil nach dem Eintritte der Siebenbürger der Ausschluß um vier Mitglieder vergrößert wurde. Dem Finanzanschluß sind die gestern eingebrachten und die allenfalls noch einzubringenden Vorlagen zur Vorberatung zu überweisen. Der Club der Unionisten kam erst um 6 Uhr zusammen. Die Vertheilung an demselben war

eine spärliche. Ueber seine Beschlüsse ist nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Wie erwähnt, ist in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. d. der zweite Jahresbericht der Staatsschulden-Controls-Commission des Reichsrathes ausgegeben worden. Die Daten, welche demselben zu Grunde gelegt sind, reichen bis zum 30. Juni l. J. Aus den Anträgen, welche die Commission zum Schluß ihres sehr eingehenden Berichtes stellt, heben wir folgenden, die Ausgabe der Rudolphs-Lose betreffenden Antrag hervor: der Reichsrath wolle ausprechen:

Die vom k. k. Staatsministerium als oberste Schutz- und Administrationsbehörde der wohlthätigen Anstalten, Stiftungen und Fonds ohne Zustimmung des Reichsrathes übernommene Haltung für die nach Maßgabe der Hauptschuldenverschreibung über das mit der k. k. privilegierten Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Wien und mit der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt in 200,000 Antheilsscheinen zu zehn Gulden öst. W. abgeschlossene Anleihen zu leistende pünctliche Zahlung der der jedesmaligen planmäßigen Gewinnsumme gleichkommenden Annuitätsrate an die k. k. privilegierte österreichische Creditanstalt ist eine Verfassungsverletzung und den Rechtsfinanzen gegenüber ohne alle rechtliche Wirkung.

Die Commission beantragt ferner, die verspätete Mittheilung des Abchlusses des Voranschlagsgeschäftes per 3 Millionen Pfund Sterling an die Controls-Commission, insbesondere aber die gelegentliche Unterlassung der Vorlage der betreffenden Schuldurkunden zum Behufe der Contrafignatur, zu mißbilligen. Anträge dieser Art werden noch mehrere gestellt. Sie lassen durchgehends an Schärfe des Tadeln nichts zu wünschen übrig. Wir führen nur noch folgende an:

„Die Finanzverwaltung wird aufgefordert, behufs der zuverlässigen Beschaffung der zur Erfüllung der Verbindlichkeit gegen die Nationalbank im Jahre 1864 erforderlichen Geldmittel, entweder durch Ausdehnung des Verkaufes der Staatsgüter, bis zu der im Finanzgesetze für die Finanzperiode 1864 präliminirten Höhe von 16 Millionen Gulden oder auf eine der sonst im Uebereinkommen vom 3. Jänner 1863 angegebenen Arten die geeignete Vorgehensweise in verfassungsmäßigen Wege zu treffen.“

Die Finanzverwaltung wird aufgefordert, das Voranschlagsgeschäft, mittelst welchen der Nationalbank für einen Voranschlag von 877,600 fl. Lotto-Anleihen-Obligationen vom Jahre 1860 im Betrage von 1,350,000 fl. verpfändet sind, als dem §. 62 der neuen Bankstatuten zuwiderlaufend, ungeachtet aufzulösen.

Die k. k. Regierung wird auf das dringendste aufgefordert, der immer bedauerlicher sich gestaltenden Lage der Finanzen und des öffentlichen Credits die ernsteste Erwägung zuzuwenden, und namentlich die Herstellung des unerlässlich notwendigen Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates vor allem durch entsprechende Verminderung der letzteren herbeizuführen.“

Ueber die Parteinahme unserer Abgeordneten, schreibt ein Wiener Corr. der „Schl. Ztg.“, läßt sich noch immer nichts Bestimmtes sagen, und ist die Zerfahrenheit, die sich in den Versammlungen außerhalb des Parlamentsjaales kundgibt, eine auffallende. Schon die vorläufige Festlegung der Gegenstände, welche in die Adresse aufgenommen werden sollen, beweist, daß die Opposition um bestimmte Ziele verlegen ist; dazu kommt noch, daß ein großer Theil der Linken aus der letzten Session vor hertigen Angriffen auf die Regierung zurückgeht, weil die meisten ihrer Mitglieder einsehen, daß es im gegenwärtigen Augenblicke ein selbstmörderisches Unternehmen wäre, der Regierung, resp. Herrn v. Schmerling, eine Niederlage zu bereiten. Ein Kampf, in dem man von vorn herein nicht siegen will, hat aber keinen Sinn und könnte nur die Bedeutung eines lärmenden Scheingefechts haben, um den momentanen Beifall der Masse zu erlangen. Es ist wahr, daß diejenigen, welche im vorigen Jahre der Revolutionärpartei angehört, Angesichts der auf einen bessern, als dem von ihnen vorgeschlagenen Wege, erlangten Erfolge erbittert sein und ihren Ehrgeiz nicht befriedigt finden mögen. Ob aber dies hinreichende Motive für ein oppositionelles Verhalten sind, so lange es factisch an Angriffsobjecten fehlt, möchten wir dahin gestellt sein lassen. Wir wollen damit keineswegs gelagert haben, es solle in unserem Parlament keine Opposition geben; im Gegentheil, wir wünschen die Gegenseite, weil nur, wie durch Reibung der Funke, durch die geistige Friction eine Klärung der Anschauungen herbeigeführt werden kann. Was sich aber in den bisherigen Clubberatungen als oppositionelles Jahrawasser bemerkbar machte, ist eine leichte, unklare, mitunter auch aus trüber Quelle kommende Strömung, deren Richtung sich nicht einmal bestimmen läßt. Das chronische Klageleid, mit welchem die Regierung in monotoner Weise angejammert wird: „Es geht nichts“, muß nachgerade auf die Wähler, statt für sie ein Ehrenschauspiel zu sein, die von der beabsichtigten entgegengesetzte Wirkung ausüben. In keinem constitutionellen Lande sind, so lange das Parlament zu Hause, große legislative Thaten zu merken, und ist das Parlament verabschiedet, so liegt es an ihm, die Thaten, deren Mangel es beklagt, zu vollbringen.

—EX—

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. Nov. Se. k. k. Apostolische Majestät haben im Laufe des heutigen Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Se. Majestät der Kaiser hat gestern Vormittags den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. v. Haszner und die beiden Vicepräsidenten v. Hopfen und Comes Schmid in Audienz empfangen, worauf sich dieselben Sr. k. k. Hoheit dem Präsidenten des Ministerathes Erzherzog Rainer vorstellten.

Laut einer telegraphischen Nachricht aus Brunn

wurde Ihre k. k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Elisabeth am 19. Morgens 10 1/4 Uhr glücklich von einer Prinzessin entbunden.

Der Antrag des Tiroler Landtages in Beziehung auf den Lostausch: „daß, wenn in Tirol und Vorarlberg das Los einen freiwilligen Landesbürgen zur Einreihung in das Kaiser-Regiment trifft ihm bis zum Assentierungstage der Lostausch mit einem anderen Landesbürgen oder die Stellung eines Ersatzmannes durch einen andern Landesbürgen zusteht,“ hat die kaiserliche Sanction erhalten.

Nach einer Mittheilung aus Triest sollte sich am 19. d. M. die erste Abtheilung der in Oesterreich organisirten kaiserlich mexicanischen Fremdenlegion in der Stärke von 1.100 Mann mit 46 Officieren unter persönlichem Befehl des kaiserlich mexicanischen Generals Grafen Thun einschiffen. Das Commando über alle vorhanden noch in Europa zurückbleibenden Abtheilungen des Freiwilligenregiments wurde dem k. mexicanischen Stabschef Oberstleutnant Paul Zach übertragen, welcher die Organisation des Corps noch vollständig zu Ende zu führen und den Rest der Truppen und das Materiale seinerzeit nach Mexico nachzubringen hat.

### Deutschland.

In der Bundesversammlung vom 17. d. wurde die Thronbesteigung des Kaisers von Mexico notificirt und die Ernennung des Don Thomas Murphy zum mexicanischen Gesandten beim Deutschen Bunde angezeigt. Darnach ließ Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen eine Denkschrift zur Begründung seiner Ansprüche auf Lauenburg überreichen. Für die nächste Sitzung erwartet man die Vorlage des Friedensvertrages mit Dänemark seitens der Großmächte und zugleich einen Antrag auf Errichtung eines provisorischen Regiments in den Herzogthümern. Bei dieser Gelegenheit soll, wie man hört, Baiern den Antrag stellen wollen, daß die sämtlichen Kriegskosten von der Gesamtheit des Bundes zu übernehmen und matrikelmäßig zu vertheilen seien.

Die Hamburger Morgenblätter vom 19. d. melden über den glänzenden Empfang des österreichischen Infanterie-Regiments König von Preußen: Es war eine große Menschenmenge anwesend; die Straßen, durch welche das Regiment zog, waren illuminiert. Die hiesige Militärbehörde, Prinz Friedrich Carl von Preußen und FML. v. Gablenz empfingen die Truppen. Prinz Friedrich Carl stellte sich an die Spitze des ersten Bataillons und führte dasselbe bis zu seinem Hotel, wo dann die Truppen vor ihm vorbeizogen.

Eine Correspondenz des „Dresdner Journals“ vom 19. d. aus Kiel bezeichnet das Resultat der Besprechungen der Commissäre wegen der Angelegenheit der Befestigung Rendsburgs als befriedigend und hofft auf die allertägige Zustimmung der theilnehmenden Regierungen. Die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ schreibt: Die in Kiel anlässlich der Rendsburger Befestigungsangelegenheit zusammengetretene Commission habe sich dahin geeinigt, daß die Hannoveraner wieder in Rendsburg einrücken. Der preussische Commissär habe den Vorschlag vorbehaltlich der Genehmigung seiner Regierung entgegengenommen. Das Einrücken der Hannoveraner soll demnächst stattfinden.

Ein Correspondent der „D. A. Z.“ glaubt mittheilen zu können, daß über den Modus, wie der Anschluß der Landgrafschaft Hessen = Homburg an das Großherzogthum Hessen seiner Zeit zu bewirken, noch keinerlei bindende Vereinbarungen zwischen den beiden nächstinteressirten Höfen, wenigstens nicht in so weit getroffen seien, daß die Frage über das künftige Schicksal der dortigen Spielbank in der früher angegebenen Weise (d. h. zu Gunsten der Spielbank) bereits erledigt wäre.

Zwischen dem Bischof von Speyer und dem k. bairischen Cultusministerium ist ein sehr ernter Conflict ausgebrochen. Seit dem Jahre 1839 besteht in Speyer ein Knabenseminar, dessen Zöglinge aber den Unterricht an den Staatsanstalten nehmen müssen. Außerdem besteht daselbst das Diöcesan = Clericalseminar, in welchem die Candidaten des geistlichen Standes, welche an den öffentlichen Lehranstalten die theologischen Vorlesungen abhören, während eines Jahres ihre letzte Ausbildung erhalten. Für Studium der Theologie fehlt es zur Zeit in Speyer an einer öffentlichen Anstalt; denn das Lyceum enthält nur einen philosophischen Jahrcours. Die Candidaten der Theologie der Diöcese Speyer sind deshalb genöthigt während zweier Jahrescourse auswärtige Studienanstalten zu besuchen. Sie verlassen zu diesem Zweck das Lyceum und kehren nach zwei Jahren zur praktischen Vorbereitung für den Priesterstand in das Clericalseminar nach Speyer zurück. Im Mai d. J. brachte nun der Bischof von Speyer dem bairischen Cultusministerium zur Kenntniß, daß er beschloffen habe, ohne Unterstützung von Staatsmitteln zur Errichtung einer theologischen Lehranstalt in Speyer zu schreiten, und daß er bereits die einzelnen Fächer den hiesigen tüchtigen Dozenten übertragen habe. Er berief sich dabei auf das Concordat so wie darauf, daß er vom päpstlichen Stuhle zur Errichtung einer solchen Lehranstalt aufgefordert worden sei. Der Cultusminister erwiderte darauf dem Bischof von Speyer, daß dessen Vorgehen mit den bestehenden organischen Vorschriften über das höhere Unterrichtswesen in Baiern wonach dieser Unterricht nur an den öffentlichen Anstalten erteilt werden darf, sowie mit der Verfassungsbestimmung, daß von der Kirchengewalt ohne Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit keine einseitigen Anordnungen in den geistlichen Bildungsanstalten getroffen werden dürfen, in Widerspruch stehe und deshalb nicht gebilligt werden könne. Indessen wurde um den Wünschen des Bischofs thätigst entgegenzukommen, demselben schließlich bekannt gegeben, daß die Staatsregierung bereit sei das Lyceum in Speyer



durch Errichtung einer theologischen Lehrsektion zu vervollständigen. — Der Bischof ging jedoch auf diesen Vorschlag nicht weiter ein, und allen wiederholten Ministerial-Entscheidungen ungeachtet legte er am 1. November die neue theologische Lehranstalt wirklich ins Leben. Auf dies hin wurde nun die Kreisregierung zu Speyer durch telegraphische Weisung vom 3. beauftragt, dem Bischof durch einen königlichen Commissar eröffnen zu lassen, daß die genannte Anstalt für geschlossen erklärt werde und darin nicht gelehrt werden dürfe. In Folge der vom päpstlichen Nuntius in München gemachten Vorstellungen wurde indeß die Verfügung zurückgenommen. Dr. v. Koch, der Kultusminister, befahl auf telegraphischem Wege, statt mit Gewalt, nur mit einem Protest einzuschreiten und feierlichst dem Bischof zu verkünden, daß die Regierung auf ihr Recht keineswegs verzichte und die Zöglinge dieses Seminars bei der Ernennung zu Pfarreien königlichen Patronats nicht berücksichtigt werden.

Wie aus Bern, 15. d., gemeldet wird, hatte die königlich bayerische Regierung dem Bundesrath die Auslieferung des Wallachen v. Rakowicz versprochen, wenn sich derselbe auf bayerischem Boden betreten lassen sollte. Bekanntlich erschoss Herr v. Rakowicz Ferdinand Lassalle bei Genf im Duell, worauf er sich nach München geflüchtet haben soll.

Der bayerische Geschäftsträger in der Schweiz v. Dönniges reiste dieser Tage nach Bern ab, um nunmehr dort, anstatt in Genf, seinen Wohnsitz zu nehmen. Für ihn hatte somit jenes bekannte (Lassallische) Duell in Beziehung auf seine amtliche Stellung keine weiteren Folgen, als diesen Wechsel des Wohnsitzes. Freilich kehrt diese Person, welche die nächste Veranlassung jenes traurigen Vorfalls war, nicht mehr nach der Schweiz zurück.

Der Berliner Abgeordnete Demme hat nun sein Mandat wirklich niedergelegt. In der Motivierung giebt er lediglich seine amtlichen Verpflichtungen gegen die Züricher Hochschule, an der er thätig, so wie die gegen seine Familie an.

(Der Berliner Polen-Proceß.) In der Sitzung vom 17. November schloß der Ober-Staatsanwalt seine Rede.

Es folgt hierauf eine fünf Stunden dauernde Bertheiligungsrede des Professors Dr. Sneyt. Er stellt die Anträge: 1) sämtliche Angeklagte wegen gänzlichen Mangels des Thatbestandes des Hochverraths freizusprechen; 2) der Gerichtshof wolle sich für die vorliegenden Thatbestände aus den Paragraphen 96 und 98 St.-G.-B. für incompetent erklären und dem Ober-Staatsanwalt das Recht der Erhebung einer dahin gehenden Anklage vorbehalten, indem er in dieser Beziehung der Ansicht des Ober-Staatsanwalts beitrete.

In der Sitzung vom 18. November werden die Plaidoyers fortgesetzt. Es spricht zunächst Rechtsanw. Eben über den geistlichen Begriff des Aufruhrs, worauf der Staatsanwalt Mittelfeldt in einem längeren, berebten Vortrage die gestrigen Ausführungen des Prof. Sneyt widerlegt. Um 12 1/2 Uhr tritt die Pause ein.

**Frankreich.**

Paris, 18. November. Wie die „Presse“ erzählt, hat Herr Fould am 60. d. das Finanzgesetz für 1866 unterzeichnet. Es soll in den verschiedenen Ausgabearten eine Verminderung von 25 Millionen und im Ganzen einen Einnahmeüberschuß von einer Million darbieten. Das Finanzgesetz geht sofort an den Staatsrath und wird dieser Tage im „Moniteur“ erscheinen. — Die Herren Fould und Béhie sollen sich verständigt haben, und des letzten Project wird demnachst vor die Staatsregierung gelangen. — Herr Thiebaud soll noch immer leidend sein, er hat dieselbe Krankheit, welcher Herr Villault erlegen ist. — Herr Bonet-Willamez soll zum Senator ernannt werden. — Der Herzog von Brabant reist nächsten Samstag über Aegypten nach Ceylon, wo er sich aufhalten will. Herr Nigra hat der Kaiserin zu dem Geburtstage ein Reisebouquet aus Genoa kommen lassen. — In Paris wird sich jetzt ein Club unter dem Namen „Club de silence“ bilden. Den Statuten zufolge darf in diesem Club kein Wort gesprochen werden. Man darf essen, trinken, rauchen und lesen, aber die Stille die im ganzen Locale herrschen muß, mit keinem Laute unterbrechen. Die Aufwärter erhalten ihre Befehle schriftlich. Späthast ist es, daß an der Spitze dieses Clubs der größte Schwäger Frankreichs steht, nämlich der Senator Marquis de Boilly.

Einem Pariser Correspondenten der „Gaz. nar.“ wird aus der Schweiz geschrieben, daß einige dort weilende polnische Emigranten Materialien sammelten, um ein Emigranten-Almanach für 1865 unter dem Titel „Niezabuda“ (Vergessen nicht) in der Druckerei der „Dziennica“ herauszugeben.

Aus Paris wird der „Gaz. nar.“ unterm 16. d. geschrieben, daß dort drei polnische Injuranten-Officiere angekommen sind, die vor zwei Monaten aus den Lubliner Gefängnissen entlassen und auf eine fast wunderbare Weise in die Wallachei gelangt waren. Es sind dies der Major Lewandowski, der im April in Podlasken ergriffen und zum Tod verurtheilt — am Tag vor der Hinrichtung entflohen war, der Capitän der Kosyniere Parada, Landmann aus dem Kreise Zamosc und ein „höherer Officier“ Wroblewski.

**Spanien.**

An einigen Orten Cataloniens, so namentlich in Reus von Villanova, ist es zu ernstlichen Unruhen gekommen. Die arbeitslosen Arbeiter haben vier Fabriken geplündert und gedroht, andere in Brand zu stecken. Die Behörden haben sofort Schritte zur Wiederherstellung der Ruhe gethan, und die Regierung ist entschlossen, mit der größten Strenge Werke zu gehen. Man betrachtet es als ein glückliches Zeichen, daß die Arbeiterbevölkerung von Barcelona sich vollkommen ruhig verhält.

**Großbritannien.**

(Müllers Schneiderscheere.) In einem Briefe

an die „Times“ macht Doctor Francis Toutmin darauf aufmerksam, daß Franz Müller mit seiner 13 oder 14 Zoll langen Schere, die er des Abends aus seiner Werkstätte in seiner Tasche mit nach Hause nahm, den Mord recht gut vollzogen haben könne. Müllers Schneiderscheere, die in seiner Kiste gefunden wurde, ist zwei Pfund schwer, und die beiden Griffe sind von ungleicher Größe, der kleinste hat nur etwas über einen Zoll im Durchmesser, der größte 3 1/2 Zoll. Doctor Toutmin erklärt, von den Wunden an dem Kopfe des Herrn Briggs sei die oben 3/4 Zoll, die andere 3 Zoll lang gewesen und beide Wunden hätten mit einem Schlage der Schere die Müller am unteren Ende ergriffen, verletzt werden können. Eine solche Schere sei das einzige Instrument, wodurch sich diese Wunden erklären ließen.

**Dänemark.**

Nach Berichten aus Kopenhagen vom 18. d. ist das dem Landsting vorgelegte Gesetz nur ein vorläufiges kleineres Gesetz, welches die Aufschiedung der Mitglieder für Schleswig zum Zwecke hat.

**Italien.**

In der Sitzung der Turiner Kammer vom 18. Nov. rieth General Pinelli zu Schritten, um Oesterreich in Folge des Princips der Nichtintervention zur Räumung Venetiens zu verpflichten (!). Der Minister des Aeußern General Lamarmora wies diesen Antrag, welcher einer Kriegserklärung gleichkäme, energisch zurück. Raporta frag, ob das Gerücht von dem Vorhandensein einer französischen Note als Antwort auf die Note Lamarmora's begründet sei. Lamarmora legte die Beantwortung dieser Frage ab. Die Kammer verwarf verschiedene beantragte Tagesordnungen und beschloß, die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes am nächsten Tag der Discussion und Abstimmung zu unterziehen.

In der Kammer Sitzung vom 19. beantragte Donato die Uebertragung der Hauptstadt nach Neapel. Mehrere neapolitanische Deputirte bekämpften diesen Antrag, welcher zurückgezogen wurde. Die Kammer beschloß mit 296 gegen 63 Stimmen zur Discussion des ministeriellen Projectes überzugehen. Der Bericht der Finanzcommission beantragt die Annahme der Vorschläge des Finanzministers Sella, mit einigen von diesem Minister zugestandenen Modificationen.

Aus Rom, 14. Nov., schreibt man der „G. C.“: In verschiedenen Blättern ist die Nachricht enthalten, daß die ehemaligen sogenannten Zuaven der päpstlichen Armee bekanntlich durchgehends Herren vom französischen und belgischen Adel — den Befehl erhalten hatten, sich zur Wiederübernahme ihres Dienstes bereit zu halten. Gestatten Sie mir zu constatiren, daß von hier aus kein solcher Befehl ergangen ist, daß namentlich im Kriegsministerium von einer Beschlußfassung oder Verfügung, die jene Herren wieder in die Dienste des Papstes beriefe, gar nichts bekannt ist. In den Bureaux des Mgr. de Merode ist überhaupt von einer Thätigkeit, die auf das Vorhaben der Reorganisation von Fremdentruppen hinwiele, nichts zu bemerken. Die Angelegenheit scheint sich noch nicht einmal im Stadium der Vorbereitung zu befinden. Dagegen ist es allerdings richtig, daß vor Allem aus Frankreich und Belgien, dann aus Spanien und Deutschland bereits zahlreiche Anerbietungen von Officieren der ehemaligen Armee und Gesuche um Verdrückung für den Fall einer Neubildung derselben eingelaufen sind.

**Rußland.**

Auf Antrag des Statthalters Grafen Berg ist das Mitglied des Administrations- und Staatsrathes des Königreiches Polen, Generalcontrollor und Präses in der obersten Rechnungskammer, Senator, Geheimrath Fundulew vom Kaiser Alexander zum Honorar-Senator des Warschauer Alexander-Marien-Mädchenerziehungs-Institutes, ferner zum Ehrenrath des Warschauer russischen Gymnasiums und des dabei bestehenden weiblichen Progymnasiums und der Elementarschule ernannt worden.

Aus Lipno wird dem „Dzien. Warsz.“ geschrieben, daß der dortige Bürger Adolph Schmidt am 9. d. beim Abreißen der Diele im Stall, um eine neue zu legen, darunter sehr rothige Waffen, namentlich drei Pistolen, zwei zerlegte Carabiner, 1 Säbel, 1 Sack mit einer Patronenfackel und eine abgefeuerte Patronenfackel mit Kugeln, Schrot und Pulver gefunden hat. Aus dem Straf-Verfahren erhellet, daß der Fehler dieser Waffen Mar Guzowski, früher Pächter dieses Stalles, gewesener Postexpeditionschef in Lipno, gegenwärtig in Annapol (Lubliner Gub.) ansäßig gewesen, weil die Kugeln, Schrot und Pulver in ein von der Hand Guzowski's geschriebenes Papier eingewickelt waren.

Wie der „Dziennica“ berichtet, ist der neue Friedhof für die bei Sebastopol gefallenen Franzosen schon errichtet worden und wurden darin aus dem alten Friedhof dieser Tage die Leichen der 7 französischen Generale: Divisionsgeneral Brunet, Brigadegenerale: Bretan, de St. Paul, de Perrin, de Pontevais, Rivet und de Lavrand feierlich übertragen. Ein ganzes Bataillon assistirte, um den Gefallenen die letzten Ehren zu erzeigen.

Aus Krasnostaw wird dem „Dzien. Warsz.“ geschrieben: In der Stadt Tarnogóra wurde am 27. October unweit der Magistratskanzlei ein revolutionäres Siegel gefunden mit einem Stück Papier und der Aufschrift auf dem Siegel: „Lubliner Wojwodschast, Chef (naczelnik) des Krasnostawer Bezirkes“ und auf dem Papier: „Chef des Tarnogórer Bezirkes am 20. Februar 1864 Nr. 6; an den Bürger Israel Mendel Rejs. Ich bestimme ihn zum Aeltesten in der Stierbiezower Pfarre und empfehle ihm die ihm vom Chef (naczelnik) der Stierbiezower Pfarre auferlegten Pflichten eifrig und gewissenhaft zu erfüllen.“ Für den Eigenthümer dieses Siegels und Papiers hält man den Israeliten Mendel aus Stierbiezow, dessen Eigenname unbekannt ist, welcher an diesem Tage um die Steuer zu berichtigen, in der Magistrats-Kanzlei war und von dem Augenblick an, als das Siegel und Papier gefunden wurde, spurlos verschwand.

Der „N. Z.“ wird aus St. Petersburg, 15. November, geschrieben: Depeschen melden, der Großfürst = Thronfolger werde den Winter über in Florenz verweilen. Es verlautet, der Kaiser werde zu Weihnachten wieder ins Ausland reisen. Großfürst Constantin hat vorläufig seine Functionen als Groß-Admiral der Flotte wieder angetreten, und der Kasar hierüber soll demnachst erscheinen. Von dem Rücktritt des Unterrichtsministers Golowin ist fortwährend die Rede und es heißt jetzt, es werde General Tschakow, Inspector der Militärerziehungshäuser, zum Unterrichtsminister gewählt werden. Die Wahl würde als eine sehr unglückliche gelten. Auch der greise Graf Adlerberg, Minister des kaiserlichen Hauses, soll endlich einen Nachfolger in der Person des jetzigen Generalgouverneurs, Fürst Suwarow, erhalten.

Wie der „Wil. West.“ berichtet, haben die Landleute aus dem Porzeck und Krasniewer Bezirke des Gouvernements Smoleńsk, in einer Anzahl von 25.390 Seelen, auf den Gemeindeversammlungen einstimmig beschlossen: durch eine aus allen Gemeinden gewählte Deputation dem dortigen Gouverneur für die Bewältigung des Aufstandes in den nordwestlichen und benachbarten weißrussischen Gouvernements ihren Dank auszusprechen und ihm eine Copie des wunderthätigen Muttergottes-Bildes in Smoleńsk und eine Geldsumme zur Renovirung der alterthümlichen nichttunirten St. Nicolaus-Kirche in Wilna einzuhändigen.

**Donaufürstenthümer.**

Durch Decret des Fürsten Gisa vom 29. Oct. d. J. ist Dr. Theophil Glück zum Mitglied der Civil-Spital-Esporie in den Donau-Fürstenthümern ernannt worden. Als er in Folge davon seine Entlassung als erster Arzt und Leiter des Spitals Brancovani in Bufarest einreichte, mußte er dieselbe auf Bitten der Spital-Verwaltung und Collegen zurückziehen. Dr. Glück, ein Günstling Gisa's, ist bekanntlich, wie wir schon früher gemeldet, ein geborener Krafauer und in Krafau erzogen, wo bis jetzt noch seine Familie wohnt.

**Griechenland.**

Neuters Bureau vom 18. d. meldet aus Athen: Der König der Hellenen dankt in einer Botschaft der Nationalversammlung für die Beendigung der Verathung der Constitution und bestimmt den Tag für die Entgegennahme des Eides. Da die Botschaft vor der Verlesung in der Nationalversammlung veröffentlicht worden ist, beantragte die Opposition ein Tadelsvotum gegen das Ministerium. Die Versammlung billigte jedoch das Verfahren des Ministeriums mit 177 gegen 118 Stimmen.

**Amerika.**

Aus New-York wird folgendes Local-Scandalum berichtet: Längst war es allgemein bekannt, daß Frau Lincoln hier in New-York eine Schuldenlast von 20.000 Dollar, lediglich für Luxus-Gegenstände, contrahirt hatte. Der Herr Gemahl weigerte sich hartnäckig, diese Schulden zu bezahlen. Jetzt ist er plötzlich anderen Sinnes geworden, und die Gläubiger wurden angenehm überrascht, als sie in voriger Woche die Mittheilung erhielten, sie möchten ihre Rechnungen bei der Firma A. L. Steward zur Zahlung präsentieren. Herr Lincoln hat vielleicht befürchtet, daß längeres Zögern die Gläubiger seiner theuern Gehälte illoyal machen und er ihre Stimmen verlieren könne. Vielleicht sind auch die Herren mit Rücksicht auf das mögliche Wahleresultat des 8. November unangenehm und zubringlich geworden.

**Vocal- und Provinzial-Nachrichten.**

**Krafau,** den 21. November.

„In der hiesigen evangelischen Kirche fand gestern als am letzten Sonntag des Kirchenjahres ein feierlicher Gottesdienst statt, wobei von Mitgliedern der Liedertafel unter Leitung des Herrn Blaschke ein Chorgefang „die Ehre Gottes“ von Wetzelow und aus „Glas“ von Mendelssohn-Bartholdy executirt wurden. Ein hiesiger delegirter Senior aus Schleien hielt eine fabelhafte Kanzelrede. Fr. Lanner beendigte Sonabend mit Hrn. Francesco Venuto das hiesige Gastspiel unter demselben Vorfall, mit dem es begonnen. Der schelmische Debardeur in dem von ihm arrangirten geistlichen Saucan, die verführerische Urtella im „verliebten Teufel“, die amnuthige Polin in dem melodischen Kanner'schen Waqner werden wie die übrigen choreographischen Darstellungen eine angenehme Erinnerung bleiben. — Das beigegebene Deinhardsche Lustspiel, welches in 4 Acten „Zwei Tage aus dem Leben eines Fürsten“ in lebensvollem Treiben, wenn auch mit etwas veraltetem Bittlings-Ceremoniell, schilbert, wurde in so durchaus freudigem Ensemble-Spiel gegeben, daß das Publicum aus der Feiertag und dem Beifallspenden nicht herauskam. Die Hrn. Schumann und Marie Weinberger, die Herren Richter (Küch), Schwaabe, Paulmann, Kurz, Wehn hatten am letzten gleichem Antheil, doch der Leventheil mit mehrmaligem Hervortritt fiel Hrn. v. Koschansky zu, der sich den sein fabelhaften Pluotratzen zum vollendeten Typus zurecht gelegt, in Wacke, Geberde und Spiel so ausgearbeitet, daß er nur an einem Mangel litt: man hätte ihn gern beständig auf der Bühne gesehen und gehört. H. Paulmann mochten wir einen lebenswerthen Wiener Brief ad vocem Acher empfehlen. — Auf dieses Lustspiel, dessen Intrigue auf einer „guerre des noms“ zwischen Wilhelm Fürst und Fürst Wilhelm beruht, wird heute das Schauspiel „Marsch“ folgen, in welchem die neuen Wiener Gäste Herr von Sclax als Rameau und Hrl. Bidol (nom de guerre) als Pompadour zum erstenmal auftreten.

Vorgestern hat Herr Anton Klobukowski seine viermonatliche Gefängnißstrafe angetreten. Der „Gaz.“ meldete dies in folgender Weise: „Heute begann Herr Anton Klobukowski, welcher bis zur Publication gegenwärtigen Urtheiles in Preßjachen verantwortlicher Redacteur des „Gaz.“ gewesen, die Strafe der viermonatlichen Haft abzusitzen.“

Auf dem Fürst Sanguet'schen Mayerhofe in Gumniska ist am 29. v. M. um 1 Uhr nach Mitternacht in einer mit heftiger Beschleunigung angefüllten Scheuer ein Schandfeuer ausgebrochen, wodurch sämtliche Fruchtvorräthe, Getreide, Speicher, Dreschmaschinen und andere werthvolle Ackergeräthe ein Raub der Flamme geworden sind. Eine Rettung war trotz der von allen Seiten herbeigeeilten Hilfe, indem auch die städtische Bevölkerung von Tarnow alarmirt wurde, bei dem großen Umfange des wahrhaftig im Inneren der Scheuer durch Unvorsichtigkeit der Knechte schon Abends entzündeten und unbedenktlich sich ausbreitenden Feuers und des vielen zündbaren Materials ganz vergeblich, und nur der Windhilfe ist es zu verdanken, daß die Ausbreitung der Feuerbrunst nicht stattfand. Der Schaden wird auf 40000 fl. angegeben.

In Lemberg wurde am 18. d. Edward Mauthner's „Eglantine“ im polnischen Theater mit großem Erfolg gegeben, (Hrl. Wenzel trat in der Titelrolle auf). Die „Gaz. nar.“ rühmt dieses Drama, welches zu den vorzüglichsten dramatischen Werken gehöre, die in der neuesten Zeit die deutsche Literatur hervorgebracht, in sehr berebten Worten.

\* Am 20. December l. J. wird im Amtlocale der Lemberger k. k. Finanzbezirks-Direction eine öffentliche Licitation im Zwecke der Veräußerung der auf den sogenannten Strzyer Schanzen in Lemberg befindlichen drei Blockhäuser sammt den dazu gehörigen Grundstücken, welche Eigenthum des k. k. Aetars sind, abgehalten werden.

\* Am 18. l. M. ist mit dem Abendtrain abermals ein kleiner Injuranten-Transport von Lemberg abgegangen.

a Als interessante Nachricht erwähnt die „Gaz. nar.“, daß die Stute Kalista des Herrn Dgofski, die bei den Tarnopoler Wettrennen im zweiten Lauf gesiegt, weder Vollblut noch Halbblut, ja nicht einmal trainirt, sondern ein Zug-(Deichsel-) Pferd ist.

**Handels- und Börsen-Nachrichten.**

**Breslau,** 19. November. Amtliche Notirungen. Preis für einen preussischen Scheffel, d. i. über 14 Garne, in preussischen Silbergrößen = 5 fr. 2. B. außer Agio: Weißer Weizen (alter) 62 — 63, (neuer) 56 — 64; gelber (alter) 61 — 68, (neuer) 53 — 59, gelber (erwachsener) 47 — 52; Roggen 40 — 44. Gerste 32 — 38, Hafer 24 — 31. Witten 60 — 70. Winter-Weizen (per 150 Pfd. Brutto) 194 — 218 Winterweizen (per 150 Pfd. Brutto) 186 — 206. Sommerweizen (per 150 Pfd. Brutto) 154 — 184. — Rother Kleesaaten für einen Zollcentner (89 1/2 Wiener Pf.) in preussischen Thalern (zu 1 fl. 57 1/2 fr. öst. Währ. außer Agio) von 10 — 17 1/2. Thlr. Weizen von 12 — 20 1/2 Thalern.

**Wien,** 19. November, Abends. [Gaz.] Nordbahn 1916. — Credit-Actien 177.70. — 1860er Lofe 94.10. — 1864er Lofe 83.80.

**Paris,** 18. November. 3 1/2 Rente 65.05.

**Frankfurt,** 19. November. 5perc. Met. 58 1/2. — Anlehen vom Jahre 1859 77 1/2. — Wien 100 1/2. — Bankactien 786. — 1854er Lofe 80 1/2. — Nat.-Anlehen 66 1/2. — Credit-Actien 176 1/2. — 1860er Lofe 80 1/2. — 1864er Lofe 83 1/2. — Staatsbahn —. — 1864er Silber-Anlehen 75.

**Hamburg,** 19. November. Credit-Act. 7 1/2. — Nat.-Anl. 68. — 1860er Lofe 79 1/2. — 1864er Lofe —. — Wien —.

**Paris,** 19. November. Schlusscurse: 3perc. Rente 65.05. — 4 1/2perc. 92.25. — Staatsbahn 445. — Credit-Mobilier 885. — Lomb. 508. — Deutr. 1860er Lofe fehlt. — Piem. Rente 65.20. — Confoli mit 8 1/2 gemeldet.

**Amsterdam,** 19. November. Dort verz. 79 1/2. — 5perc. Met. 57 1/2. — 2 1/2perc. Met. 29 1/2. — Nat.-Anlehen 63 1/2. — Wien —. — Silber-Anlehen 69 1/2.

**London,** 19. November. Schluss-Confoli 89 1/2. — Lombard. Gif.-Actien 20 1/2. — Silber 61 1/2. — Türkische Confoli 50 1/2.

**Lemberg,** 18. November. Holländer Dutaten 5.48 Weid, 5.53 Waare. — Kaiserliche Dutaten 5.51 Weid, 5.57 W. — Russischer halber Imperial 9.53 W., 9.66 W. — Russ. Silber-Anlehen ein Stück 1.81 W., 1.83 W. — Russischer Papier-Anlehen ein Stück 1.46 W., 1.48 W. — Preussischer Conrath-Thaler ein Stück 1.74 W., 1.76 W. — Gal. Pfandbriefe in öst. W. ohne Coup. 74 — W., 74.73 W. — Gal. Pfandbriefe in G.-W. ohne Coup. 77.55 W., 78.22 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obigationen ohne Coup. 73.97 W., 74.63 W. — National-Anlehen ohne Coup. 79.55 W., 80.18 W. Galiz. Karl Ludwig-Bahn-Actien 235.67 W., 237.83 W.

**Krafauer Cours** am 19. Nov. Altes polnisches Silber für fl. p. 100 fl. p. 111 verl., 108 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 120 verl., 117 bez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. p. 100 1/2 verl., 99 1/2 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. fl. p. 100. 455 verl., 447 bez. — Russische Papier-Anlehen für 100 Rubel fl. österr. W. 149 verl., 146 bez. — Preuss. oder Berensinschaler für 100 Thaler fl. öst. W. 175 verl., 173 bez. — Preuss. Conr. für 100 fl. öst. W. Thaler 86 1/2 verl., 85 1/2 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 116 1/2 verl., 115 1/2 bez. — Vollwichtig. österr. Bank-Dutaten fl. 5.58 verl., 5.48 bez. — Vollwichtige holländ. Dutaten fl. 5.57 verl., 5.47 bez. — Napoleons d'ors fl. 9.42 verl., fl. 9.28 bez. — Russische Imperial fl. 9.65 verl., fl. 9.50 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in öst. W. 75.50 verl., 74.50 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in G.-W. fl. 79.25 verl., 78.25 bez. — Grundentlastungs-Obigationen in österr. Währung fl. 74.75 verl., 73.75 bez. — Actien der Karl Ludwig-Bahn, ohne Coupons fl. österr. Währ. 237 verl., 234 bezahlt.

**Lotto-Ziehungen.**

Gezogene Nummern: Am 13. November.

Ein	76, 14, 85, 72, 28.
Bräun	36, 1, 75, 21, 71.
Dosen	37, 17, 16, 24, 88.
Lemberg	32, 81, 57, 21, 1.
Triest	58, 43, 30, 79, 55.

**Neueste Nachrichten.**

Im Berliner Polen-Proceß wurde in der Sitzung vom 18. d. die Debatte über den allgemeinen Theil der Anklage geschlossen. In der nächsten Sitzung beginnen die Debatten über die Special-Anklagen.

Nachrichten aus San Domingo vom 25. October zufolge, welche der von Havana kommende Dampfer „Isabella“ am 16. d. nach Cadix überbrachte, waren die Commissäre der Injuranten, welche Bedingungen zu einem Vergleich nachzusuchen gekommen waren, nicht wieder erschienen.

**Triest,** 19. November. Der Dampfer „Bolivian“ mit den mericanischen Freiwilligen ist heute 12 Uhr Mittags abgegangen.

**Paris,** 19. November. Drouyn de Lhuys war gestern nach Compiegne befohlen, um über seine ersten Besprechungen mit dem Fürsten Mettenich dem Kaiser Mittheilungen zu machen. — Die Einberufung des gesetzgebenden Körpers wird wahrscheinlich Ende Jänner erfolgen. Bulwer hat sich am 15. d. M. in Marseille nach Constantinopel eingeschifft. Persigny's Brief an Girardin, der seine völlige Befehrung zu den liberalen Ideen anzeigt, wird ehestens in Druck erscheinen. Die Bildung einer mericanischen Bank wird positiv beabsichtigt; theilnehmen werden: Baring in London, Göttinger, Mallet, Fould und Marcomward in Paris; die Bank wird unmittelbar die mericanische Anleihe remittiren.

**Newyork,** 6. November. (Per City of Cork.) Nach den von General Grant veröffentlichten Berichten betrugen die Verluste, welche sein Heer erlitt, 4—5000 Mann. Grant bezieht möglicher Weise nach der Präsidentenwahl Winterquartiere. Der Süd-Generall Price ist dem Vernehmen nach bei Newtontia in Missouri geschlagen worden. Ein nördliches Landheer wird gegen Wilmington cooperiren. — Der Kaiser Maximilian ist in Leon angekommen. Suarez ist nach San Carlos geflohen. Die Hauptmacht der Franzosen in Westmexico marschirt, wie es heißt, gegen Chihuahua.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 20. November.

Angekommen sind die Herren: Ferdinand v. Witsch, Statthalterreich und Kreisbaupmann, aus Ansoow. Einn Graf Wobrowski, Gutsbesitzer, aus Tarnow.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Josef Graf Ref v. Wolmerstein, Kadiolans Michalowski und Joseph Bapalski, nach Galizien.



